





die das Gespenst des Hungers auf die Straße getrieben hat, willkommenes Freiwild für Polizeistiefel und Kolbenstöße.

Ueber die traurigsten Kapitel, die zugleich den letzten Akt in der Leidensgeschichte so mancher Proletarierfamilie bilden, über Verbrechen und Sterblichkeit, seien nur einige Zahlen angegeben: Laut Meldung der Oberhauptmannschaft sind im Monat November in Budapest rund 20 000 Verbrechen vorgekommen, davon 8800 schwere Verbrechen, 12 426 leichte Verbrechen und 252 Mordversuche. Ueber die Bevölkerungsbewegung melden amtliche Angaben, daß in den ersten drei Monaten des Jahres 1920 die Zahl der Todesfälle die Geburtenziffer um 3483 überstieg. Während dieser Zeit starben in Budapest an Tuberkulose 2221, an Influenza 1685, an Kinderkrankheiten 1452 Personen. Die Zahl der Selbstmorde stieg gegenüber früheren Jahren um das Achtfache. Fügen wir noch hinzu, daß die Spitäler und Krankenhäuser überfüllt sind, und daß es in der Hauptstadt 300 000 Wohnungslose gibt, so ist dieses Bild des Jammers zwar nicht komplett, aber doch wohl genügend ausgemalt, um das Leben oder besser gesagt, das Sterben der ungarischen Arbeiterklasse ad oculos zu demonstrieren.

Die arbeitende Bevölkerung Deutschlands aber kann daraus entnehmen, welches Schicksal ihrer wartet, wenn Deutschland jemals das Unglück haben sollte, den „Ordnungsstaat“ der Deutschen unter der „starken Hand“ eines Hohenzollern oder eines Regenten aus anderem Stamme aufgerichtet zu sehen. Deutsche oder ungarische Reaktionäre, Hakenkreuzler oder Erwachene Ungarn, sie sind eines Sinnes, sind aus ein und demselben Holze geschnitten. Ihre hervorstechendste Charaktereigenschaft ist die Unfähigkeit zur produktiven Arbeit und zur Besserung der materiellen Lage des von ihnen „geführten“ Volkes, ihr hauptsächlichstes Streben ist die völlige Verflaumung und Verelendung der Arbeiterschaft zugunsten der schrankenlosen Herrschaft des Kapitals.

### Ruhig Blut!

Wir haben schon in unserer heutigen Morgenausgabe geraten, die durch die Pariser Beschlüsse geschaffene Situation mit etwas mehr Ruhe zu betrachten, als das bisher in einem Teil der Presse geschieht. Da in der Entwaffnungsfrage Beschlüsse unsererseits nicht mehr gefaßt zu werden brauchen, die entscheidenden Beratungen über die Wiedergutmachung aber erst am letzten Tage dieses Monats beginnen, bleibt zur Ueberlegung Zeit genug, und man soll nicht so tun, als ob etwas verloren ginge, wenn man nicht jetzt Hals über Kopf weittragende Beschlüsse faßt. Darum hat es auch sehr wenig Sinn, von einer Regierung der „nationalen Einheitsfront“ zu reden, die jetzt gebildet werden müßte, man weiß nicht recht wozu. Noch weniger klug ist der Rat, die Regierung solle einfach die Hülse ins Korn werfen auf die Gefahr hin, daß dann überhaupt keine verfassungsmäßige Regierung mehr zustande käme. Die Regierung hat nach innen die allerbeste Situation, da sie in der entscheidenden Frage alle Parteien hinter sich hat, nach außen würde eine andere aus diesem Reichstag hervorgehende Regierung auch kaum eine bessere Position haben. Am wenigsten besteht unter solchen Umständen für den Reichsminister Dr. Simons ein Grund, aus seinem Amte zu scheiden.

So stellen sich die Dinge wenigstens für den Augenblick dar. Was später kommt, kann in dieser bewegten Zeit kein Mensch wissen. Aufgeregte Projektionemacherei ist auf alle Fälle vom Uebel.

### Korfantys Drohungen.

Wir haben jüngst eine Unterredung des Berliner Korrespondenten von „Het Volk“ mit Korfanty wiedergegeben, worin der polnische Agitator kurzweg erklärte, Oberschlesien werde polnisch werden, gleichviel, wie die Abstimmung ausfalle. Noch deutlicher hat sich Korfanty dem Berliner Korrespondenten des „Manchester Guardian“ gegenüber ausgesprochen. Diesem antwortete er auf die Frage, was werden würde, wenn die Abstimmung für Deutschland entscheide, ganz einfach: „Dann bricht der Aufstand aus!“ Die Kinder-

heit will sich also der Mehrheit nicht fügen und das Land zum Anschluß an Polen zwingen, auch wenn es nicht will. Sehr ehrenvoll ist es für das Mitglied des ehemaligen preussischen Herrenhauses, Grafen Tiele-Winkler, daß Korfanty im gleichen Gespräch von ihm erklärte: „Der ist der unsere!“

### Landesliste

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (S.P.D.).

- 1. Braun, Otto, preuß. Landwirtschaftsminister, Berlin.
- 2. Severing, Karl, preuß. Minister des Innern, Berlin.
- 3. Reinert, Robert, Oberbürgermeister, Hannover.
- 4. Hanna, Gertrud, Gewerkschaftsangehörige, Berlin-Pankow.
- 5. Rosenfeld, Dr. Siegfried, Rechtsanwalt, Berlin-Schöneberg.
- 6. Beyer, Dr. med. Alfred, Regierungsrat, Charlottenburg.
- 7. Wegscheider, Dr. Hildegard, Schularztin, Berlin-Schöneberg.
- 8. Cunow, Heinrich, Universitätsprofessor, Berlin-Friedenau.
- 9. Maroke, Richard, Vorsitzender des Verbandes der Kriegsbekämpften, Berlin.
- 10. Boges, Felix, staatlicher Hilfsförster, Wallendorf (Kr. Reidenburg).
- 11. Boldt, Richard, Dozent, Elberfeld.
- 12. Haubherr, Otto, Verbandssekretär im Zentralverband der Angestellten, Berlin-Mahlsdorf.
- 13. Käbler, Wilhelmine, Referentin im Reichswirtschaftsministerium, Berlin-Steglitz.
- 14. Feige, Hans, Magistratssekretär, Breslau.
- 15. Badt, Dr. Hermann, Ministerialrat, Berlin.
- 16. Subke, Hugo, Invalide, Berlin.
- 17. Bernier, Wilhelm, Verbandssekretär im Landarbeiterverband, Berlin.
- 18. Grein, Dr. Heinrich, Studienrat, Reunkirchen (Saar).
- 19. Stoll, Karl, Bürgermeister, Ravensburg (Elbe).
- 20. Buchholz, Robert, Lehrer, Wittenberge.
- 21. Drucker, Dr. Alexander, Referent im Wohlfahrtsministerium und Zahnarzt, Charlottenburg.
- 22. Zuder, Gertrud, städtische Beamtin, Charlottenburg.
- 23. Siering, Gustav, Kriminaloberwachmeister, Düsseldorf.
- 24. Müller, Heinrich, Arbeitersekretär, M.-Glöblich.

### Des Zentrums Gesicht.

Die preussische Zentrumspartei geht jetzt mit ihrem Wahlauftritt an die Öffentlichkeit. Er ist uns dadurch beachtenswert, daß trotz eines Umfangs von fast zwei Zeitungsdruckseiten das Wort Republik darin nicht vorkommt. Es bleibt also dabei, was der Zentrumsvorsitzende des Rechtsausschusses sagte, daß das Zentrum eine grundsätzlich republikanische Partei nicht ist. An anderer Stelle des Aufrufs wird gegen den „Absolutismus einer parlamentarischen Mehrheitsregierung“ gepredigt. Da das Zentrum selbst in der Koalition gewesen ist und seine Koalitionspolitik mit aller Kraft verteidigt, so hätte es ihm besser angestanden, dieses sinnlose Schlagwort zu entkräften und zu zerstören, anstatt es sich selber anzueignen. Aber es scheint wohl, daß das Zentrum, wenn es auch noch von der „gewissenhaften Wahrung der Volksrechte“ redet, immer mehr von der demokratischen Grundauffassung abgleitet.

Eine sehr eigentümliche Stellung nimmt der Aufruf zu den Vortrennungsbemühungen von Preußen ein. Das Zentrum leugnet nicht, sie gefördert zu haben, sondern es habe dafür gesorgt, „daß diese Bestrebungen sich nicht auf Abwege verirren“. Es rühmt sich, die Leiter der Vortrennungsbemühungen gegen den „ungerechten Vorwurf des Landesverrats in Schutz genommen“ und darauf bestanden zu haben, daß „der legale Weg ihnen offengehalten werde“.

Natürlich betrachtet es das Zentrum als sein Verdienst, in kulturellen, Kirchen- und Schulfragen nach Kräften gehindert zu haben. In dieser Beziehung verdient folgender Satz Erwähnung:

Eine Linksmehrheit im neuen Landtag würde die restlose Beseitigung des kirchlichen Einflusses auf die Schule, das Ende der konfessionellen Lehrerbildung und die äußerste Erschwerung der Lebensbedingungen der konfessionellen Schule bedeuten.

Natürlich wird auch das Gespenst des neuen „Kulturkampfes“ aus der Berenkung beschworen. Unnötig zu sagen, daß die Sozialdemokratie sich mit dieser von Bismarck erfundenen Kampfmethodik nie befassen wird. Aber im übrigen sagt der Zentrumsaufruf deutlich genug, warum die Arbeiterschaft eine eigene sozialdemokratische Mehrheit in Preußen erstreben muß.

### Agrarischer Kindermord.

Pirmasens, 1. Februar. (W.T.B.) Der Milchstreik in der Weßpfaß dauert in großem Umfang fort, obwohl einzelne Gemeinden sich zur Weiterlieferung verpflichtet haben. Der Stadtrat von Pirmasens richtete ein Telegramm an die Kreisregierung zwecks energischen Vorgehens gegen die Streikenden. Von den Streikenden werden auf der Landstraße die Milchsammler angehalten und die Milchkannen in Straßengräben entleert. (!!) Ueberall sind berittene Milchstreikposten zu sehen. Mehr als fünfhundert Pöler sehen heute wiederum in Kaiserslautern. Im Bezirk Zweibrücken sind vorderspitzliche Gendarmen eingetroffen und auf die Landorte verteilt worden.

Wird sich nun die rechtsstehende Presse, die in dem Abwehrstreik gegen den Kapp-Putsch ein „Verbrechen“ sah, über diesen organisierten Kindermord entrüsten? Ach nein, es sind ja „nationale“ Agrarier, welche die Milch in Straßengräben schütten!

### Verhöhnung des Rechts.

Bayerisches Kesseltreiben gegen den R.F.V.

Die Münchener Polizeidirektion hat gegen den Republikanischen Schutzbund, der sich im Herbst vorigen Jahres als Ersatz für den Republikanischen Führerbund bildete, ein Verfahren eingeleitet und die Versammlungen und Veranstaltungen des Bundes verboten. In der Wohnung des ersten Vorsitzenden des Bundes, Hauptmann Schüßinger und des Generalsekretärs Schmalz wurden Hausdurchsuchungen abgehalten. Gegen beide ist Anzeige wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 3. Mai 1920 (Bildung verbotener Militärverbände) erstattet worden.

Unser Münchener Parteiblatt, die „Post“, berichtet, daß trotz eingehender Hausdurchsuchungen weder Waffen noch sonstiges Belastungsmaterial vorgefunden wurde. Der Bundespräsident Schmalz gab bei seiner Vernehmung zu Protokoll, daß er weder die Absicht noch die Möglichkeit gehabt habe, den Republikanischen Schutzbund zu bewaffnen. Er suchte sein Ziel, das in dem Schutzbund der Republik bestehe, einzig durch den Zusammenschluß aller Republikaner zu erreichen. Er erhebt Einspruch dagegen, daß man in Bayern der Orgeß Bewegungsfreiheit gestatte, während man verfassungstreue republikanische Organisationen verfolge und belästige. Schmalz war im Begriffe, nach Berlin zu reisen, um über den Zusammenschluß des Bundes mit dem Republikanischen Reichsbund zu verhandeln. Dies zu verhindern, war der offensündige Zweck des plötzlich eingeleiteten Verfahrens.

Mit diesem Verbot enthielt sich die bayerische Reaktion in ihrer ganzen Schamlosigkeit, denn sie sucht nicht einmal mehr den Schein des Rechts zu wahren. Während die Einwohnerwehren, die wirklich der Verordnungsgegenstand sind, zu zerlegen, am hellen Licht die Organe der Bewegung auf der Straße spazieren führen, stürzt man sich auf eine unbewaffnete Propagandaorganisation, die mit dem Erlaß überhaupt nichts zu tun hat. Der Republikanische Führerbund hat in seinen sämtlichen Bundesversammlungen die Schaffung illegitimer Kampforganisationen strikte abgelehnt und es im Gegenteil als seine Pflicht bezeichnet, nur innerhalb der staatlich autorisierten Truppenverbände die Ausbreitung des republikanischen Bewusstseins und der Verfassungstreue zu pflegen. Daraus hat man ihn in Bayern „aus Gründen der Disziplin“ verboten. Der später als Ersatz gegründete Schutzbund hat nun seine Sitzungen in wesentlichen Punkten denen der Organisation Escherich nachgearbeitet, nur daß er im Gegensatz zu dieser scharf den republikanischen Charakter betont hat. Damit ist die Justiz unmittelbar vor die Frage gestellt worden, ob sie gleiches Recht für alle üben wolle. Wenn nun die bayerische Polizei die Organisation Escherich

### Stunden des Lichts.

Stunden des Lichts flatterten auf und sprangen über die Rücken der Berge, kommen eine Schraffe empor, dudeten sich, Anlauf nehmend, über die Kämme und rannen Goldstuten ausschüttend bewaldete Halden herab talwärts, wo die Stadt ausglänzte wie Edelgestein in flammenden Farben. Auf dem See aber, auf dem Lustjachten kreuzten, Dampf- und Ruderboote, auf dem See, der dünn war von dem Nebel der Badenden, überschlug sich das Licht, brach sich und spielte mit Silberkronen und Schaumgeföck, mit hellgrünen Wellen und der tiefen Bläue des Sees.

Maron, der Bettler, sah auf dem Bandungsteg und blinzelte trüg in den klammernden Tag. Gedanken fanden nicht bis zu ihm hin. Sein schüchternes Sein löschte alle Lichter aus. Doch plötzlich rief ihn hoch. Wind wehte vom Strand ein Wort an sein Ohr: „Warum soll ich nicht glücklich sein?“ Wie Bliz dunkle Nacht erhellte, brannte es in die stumpfe Hingabe seiner Gedankenlosigkeit. Aufbrüllend taumelte er hoch, rief die Kleiderfetzen vom Leibe und hinkte in heftigen Schritten, mehr kaum denn Mensch, zum Strand hin, wo die Kapelle spielte, wo Sonnenkörbe wie weiße Glöckchenblumen standen und Menschen bunt waren von Farben und Lustigkeit.

Arten Luges umfahre der Bettler die warmen Wellen, die an die goldgelben Sandbänke des Strandes schlugen. Rhythmus von wogenden Wellen wogte in ihm, der nach und hinkend einherhumpelte. Urhaft brüllte er langhin wie ein Tier in nebelnden Morgen, das unbefimmt Sehnsucht nach Ferne treibt, Leid, Quäl und der unendliche Wille zum Leben.

Einen Augenblick schien der Erdball zu bersten. Die Musik setzte aus. Das Summen der Stimmen verstummte. Wie angewurzelt verharrte die Menge. Feilere Damen verhäßten das Antlitz. Junge Mädchen entflohen kreischend. Männer schlangen die Stöcke. Dann rief man den Strandwächter herbei und ließ den festsamen Narren abführen. „Du bist wohl verrückt geworden?“ fragte der Wächter. „Warum soll ich nicht glücklich sein?“ knurrte verbissen der Bettler. Und später, in enger Zelle, wohnen die Stunden des Lichts nicht kamen, heimtückisch lachend: „Warum soll ich nicht glücklich sein?“

Die Stunden des Lichts aber tanzten über den Strand und mit ihm die Menge. Marée.

Seltene Lebensgemeinschaft. Im Tierreich finden sich alle jglichen Arten von Lebensgemeinschaften zwischen zwei verschiedenen Tieren zu irgend einem, beiden Tieren nutzbringenden Zweck. Eine solche Symbiose stellt z. B. das Zusammenleben des Bitterlings, des kleinen Siltwasserfisches, mit der Malermuschel dar, wobei der Fisch seine Eier durch den Kiempalt der Schale in das Innere der Muschel legt, wo sie während des ersten Entwicklungsstadiums vor äußeren Gefahren sehr gut geschützt sind, während sich die Larven der Muschel wiederum zwischen den Schuppen des

Bitterlings jessuchen, sich einige Wochen lang von seinen Säften nähren und ebenfalls gegen äußere Einflüsse sicheren Schutz finden, da sie nach einiger Zeit noch von einer besonderen schützenden Hautfalte überwachen werden. Bittig rätselhaft ist aber der Zweck einer tierischen Lebensgemeinschaft, die man, wie Floeride berichtet, in der Donaubalta Rumänien nicht selten beobachten kann. Unter den zahllosen Vögeln, die dieses landschaftlich schöne und für den Naturforscher hochinteressante Gebiet bevölkern, befindet sich auch die Brandente, ein großer, farbenschöner Vogel, der die Uebergangsform von den Enten zu den Gänsen bildet. Gewöhnlich nistet die Brandente in Felsenhöhlen. Gelegentlich und sogar mit besonderer Vorliebe wohnen die Brandenten aber auch in Fuchsbauten, so daß in solchen Fällen Fuchs und Ente in einem Bau zusammenhausen. Für den Fuchs wäre diese Einquartierung allerdings keine läbliche Sache, weil sowohl die Eier der Ente wie auch ihre zarten fetten Jungen ganz besonders Vorderbissen für ihn sind; doch die Gefahr eines Angriffs seitens des Fuchses scheint ihm überhaupt nicht zu bestehen, da die Ente sonst dem Fuchsbau wohl weit aus dem Wege ginge, geschweige denn mit dem Lohfuchs gemeinsam in einer Höhle leben würde. Man steht hier vor einem Rätsel und kann nur annehmen, daß sich für den Fuchs durch diese Symbiose irgendwelche größeren Vorteile ergeben.

Der neue Simplontunnel. Die Arbeiten an dem zweiten Tunnel durch den Simplon sind vollendet, und er soll im Sommer dem Verkehr übergeben werden. Man erwartet, daß der Handel zwischen den Höfen am Kanal und denen am Mitteländischen Meer dadurch einen starken Aufschwung nehmen wird. Der neue Tunnel wurde bereits zusammen mit dem ersten Tunnel angelegt, um die Luftzufuhr bei den Arbeiten zu erleichtern. Aber er ist jetzt erst aus einem bloßen Behelfsbau zu einem richtigen, für den Verkehr geeigneten Tunnel ausgebaut worden. Die Arbeiten an dem neuen Tunnel begannen Ende 1912. Die Kosten der neuen Anlage werden auf etwa 27 Millionen Mark geschätzt.

Eine Versuchsbühne in München. Das Vorbild der Berliner Volksbühne, die eine Versuchsbühne eingerichtet hat, findet Nachfolger. In München ist ein Verein der Donnerstagbühne gegründet worden. Der Verein bezweckt die Pflege der Schauspielkunst und des modernen Dramas. Er unterhält in Anlehnung an die Münchener Kammerpiele und das Schauspielhaus eine Versuchsbühne, die jeden Donnerstag Aufführungen von Dramen veranstaltet, die die Bühnen aus technischen Gründen nicht darstellen können. Als erste Veranstaltungen sind Aufführungen von „Dem singenden Fisch“ von Alfred Bruns, vom „Batermord“ von Arnold Bronnen und der Tragödie „Die Verführung“ von Emil Kornfeld geplant.

Konzert des Männerchores „Harmonie“. Dem erst ein Jahr bestehenden Männerchor „Harmonie“, der in der Hochschule am Sonntag konzertierte, kann man zu seiner Leistung und dem Erfolg beim Publikum herzlich gratulieren. Man braucht kaum die kurze Zeit seines Bestandes oder die Tatsache, daß seine Mitglieder „einfache Arbeiter“ sind, berücksichtigen, um den lebhaften Beifall vollaus verdient zu finden. Gewiß, der Tenor wird bei gewissen Solostellen seine noch etwas ängstliche Unfreiheit mit der Zeit ganz

ablegen. Wieder, wie das etwas langathmige, reichlich pathetische „Ich warde Dein“ von Uhlmann oder das netische, aber kontropuntlich gepleite „Der Kaiser und die Blume“ von Zeit (ein prächtiges Stückchen!) werden dann in der Tongebung und Reinheit noch feinkultivierter jutage gefördert werden. Aber vor allem anderen Hut ab!

Max Schaarschmidt hat seinen etwa 70 Mann starken Chor ausgezeichnet in der Hand. Die Textausprache, die Artgenauerung, die genaue Phrasierung, der warmbeseelte, auch funktionsfähige Vortrag, die Plastik des Aufbaus, die immer großzügig bleibt, sind heute schon vorbildlich. Ein edler, vollblütiger Musiker ist hier am Werke mit Männern, die wahrhaftig nicht öden Dilettantismus treiben. Trotz der strengen Linie, die überall durchgeführt wird, kommt aber auch das Gefühl nicht zu kurz, so daß die letzten humoristischen Lieder unwiderstehlich paktten.

Zur solistischen Ausschmückung waren Franz Reisinger und das Waghaller-Quartett (beide vom Deutschen Opernhaus) gewonnen worden. Jener entzückte mit seinem wuchtigen Bariton seine Zuhörer hauptsächlich in dem hochdramatischen „Drei Wanderer“ von Hans Herrmann und der irischnen Ballade „Tom der Reimer“ Meißner Bömes. Dieses spielte Mendelssohn heute noch unergängliches Streichquartett in Es-Dur ganz prachtvoll. In dieser delikaten, tonreichen Darstellung wird Mendelssohn noch lange nicht verfallen. Wladislaw Waghaller, der sich außerdem in Solostücken als glänzender Techniker bewährte, Arthur Jahn, Hans Mahke, Hans Kraus waren die Vortrefflichen, von denen ich außer ihrem wohlbekannten Primelgehirn noch nicht einmal die Namen kannte. Das dachtgedrängte Publikum hatte in der Tat ein erstrenes Sonntagsovergnügen. Heinrich Maurer.

Gerhard Widmer, der bekannte Berliner Maler, bezieht heute seinen 50. Geburtstag. Widmer ist nicht nur als Künstler, sondern auch als vielseitiger Kämpfer auf kunstgewerblichen und künstlerischen Gebieten ausgezeichnet. Er ist zurzeit erster Vorsitzender des Ortsvereins Berlin der Allgemeinen Deutschen Kunstgenossenschaft.

In die Münchener Kunstgewerbeschule III Prof. Dr. Emil Pretorius als Lehrer für angewandte Graphik berufen worden. Der Maler und Malerer Willi Weigert übernahm eine Naturklasse. Weigerts Nachfolger in der Korrektur des Abendkurses wurde der Maler Walter Teufel.

Eine Kunstkongress. In München traten die Ministerialekonferenzen der deutschen Länder für Kunstangelegenheiten in einer Verbindung zusammen. Es galt den Tagesfragen in der staatlichen Pflege der bildenden Künste. Uebernahmungen wurde besonders in der Angelegenheit der Kunstgewerbeschulen erzielt, die u. a. die Veranschaulichung der Kunstgewerbeschulen vorstelt.

Kunstgewerbeschule hat am 1. Februar offiziell die Leitung des Burgtheaters übernommen.

Die Pöster-Schüler trift am Sonntag, den 4. Februar, in dem Kammertheater von München ein. u. a. die Uebersetzung „Der Wunderkammer von Barcelona“.

Im Festung-Museum findet Donnerstag, den 2. Februar, 1/5 Uhr Dr. Karl Uner über „Rudr Vahow als Leiter der Gummialabore“, Rezitation: Hedwig Bogner, Gesänge: Frida Jochen. Am Freitag: Richard Billeh.



unbekannt ist, gegen die republikanische Schulorganisation aber vorgeht, so beweist sie damit, daß sie sich selber nicht mehr als Instrument des Rechtes, sondern nur noch als Instrument politischer, reaktionärer Machtgelüste betrachtet.

## Polizeibeamte und Sozialdemokratie.

Am 28. Januar d. J. eröffneten auch die Polizeibeamten den Wahlkampf in einer mächtigen Mitgliederversammlung in Haberland's Festsaal, Neue Friedrichstr. 35. Der 1. Vorsitzende des Werbeausschusses der Polizeibeamten, Genosse A. Kabinus, wies in einem eingehenden Referat auf die Bedeutung der Landtagswahlen hin. Der außerordentlich gute Besuch der Versammlung, besonders von Seiten der „Schupo“ zeigte so recht, ein wie großes Interesse gerade unter diesen Polizeibeamten der Sozialismus findet und daß hier der Partei noch viele Anhänger und treue Mitarbeiter gewonnen werden können. Alle anwesenden Genossen sind fest entschlossen, ihre ganze Kraft und freie Zeit dem Siege der S.P.D. zu widmen, waren sich aber auch darüber klar, daß die große Masse der hand- und kopfarbeitenden Genossen sie in diesem Kampfe gegen die Reaktion auf das nachdrücklichste unterstützen müsse und daß auch die Aufhebung der Verfügung des Kommandeurs Kaupisch, die jede Aufklärung in den Kasernen verbietet, unbedingt erreicht werden muß, soll nicht tatsächlich die „Schupo“ ein Werkzeug der Reaktion werden.

Die Versammlung schloß mit der Bekundung des festen Willens, am 20. Februar nur der S.P.D. die Stimme zu geben.

Am 14. Februar findet eine große öffentliche Versammlung der Polizeibeamten Groß-Berlins in Haberland's Festsaal, Neue Friedrichstr. 35, im Großen Saale statt, dort spricht Genosse Max Gronewald über „Sozialdemokratie und Landtagswahlen“.

## Alldeutsche und Kriegsschuld.

Im Sprachrohr des tollsten Alldeutstums, in der „Deutschen Zeitung“, bespricht der Kappist Werner v. Heimbürg die „Ursage“ der deutschen Kriegsschuld und beruft sich hierbei auf die übrigens bekannten Veröffentlichungen von Sozialisten aus Ententeländern, wie dem Engländer Morel und dem Franzosen Demarzial. Wir sind der Meinung, daß im eigenen Interesse Deutschlands die Herren Deutschnationalen am besten täten, über das Thema der Kriegsschuld den Mund zu halten. Die Blutschuld der Alldeutschen steht jedenfalls fest und weder ein englischer, noch ein französischer, noch ein deutscher Sozialist hat jemals gegen die Lage der alleinigen deutschen Kriegsschuld getämpft, um etwa die deutschen Kriegsschuldigen reinzuwaschen.

## Erhöhung der Mehleration.

Berlin, 1. Februar. (M.B.) Antlich. Auf Anordnung des Reichsernährungsministers kommen ab 16. Februar d. J. — statt wie bisher 600 Gramm — 800 Gramm aus Auslandsgereide im Innlande hergestelltes Weizenmehl pro Kopf und Monat neben der Brotkarte zur Verteilung. Der Kilogrammpreis für Kommunalverbände beträgt 7,50 Mark entsprechend den günstigeren Einkaufs- und Deckungspreisen. Dazu treten die Zuschläge für den Kleinhandel.

## Die gestohlenen Steuerakten.

Anlässlich der Behandlung des Etats des Reichsfinanzministeriums im Hauptausschuß des Reichstages schlug am Dienstag vor Eintritt in die Tagesordnung Dr. Bachmike (Dem.) vor, von einer allgemeinen Finanzdebatte mit Rücksicht auf die ungelagerte Lage Abstand zu nehmen. Der Ausschuss beschloß demgemäß. In der Debatte wies Abg. Hoch (Soz.) darauf hin, daß die Betriebskrankenkassen der Reichsbetriebe jetzt die Beiträge ab zahlen müssen, die sie während der Kriegszeit erhalten haben. Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärte sich bereit, in Einzelfällen, wo besonders die Krankenkassen erhebliche Einbußen erleiden würden, eine Nachprüfung zu veranlassen. Alsdann kam die

### Steuerangelegenheit des Abg. Erzberger

zur Sprache. Abg. Andre (Zit.) beschwerte sich über die Wegnahme der Steuerrollen des Abgeordneten Erzberger, die bei der Finanzbehörde einverleibet und zum Teil abgeschrieben und fotografiert sei. Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärte, daß eine Auffklärung über den Aktendiebstahl im Falle Erzberger bisher nicht erfolgt sei. Dann kam es zu einer Debatte über den Fall Kerckhoff, wobei Abg. Hefferich (Dnat. Sp.) eine Ehrenklärung für den Abgeordneten Kerckhoff abgab.

## Der Weihensee Kommunistenprozess.

Am kommenden Donnerstag findet vor dem durch Verfügung des Reichspräsidenten errichteten Außerordentlichen Gericht beim Reichswehrgruppenkommando I eine Verhandlung statt, welche sich einmal mit den Vorgängen in Weihensee in den Tagen der Kapp-Regierung befassen wird. Bekanntlich hatte eine kommunistische Organisation im Anschluß an den Kapp-putsch versucht, sich in den Besitz von Waffen zu setzen, welche auf dem sogenannten Riffonslager gelagert und die der Weihensee Einwohnerwehr gehörten. Zwei Polizeibeamte, welche die Kommunisten bei der Waffenaushebung überraschten, kamen mit den Mitgliedern der verbotenen Organisation in ein Feuergefecht, in dessen Verlauf der eine Beamte getötet wurde. Vor dem Außerordentlichen Gericht hatte bereits vor einigen Monaten eine Verhandlung stattgefunden, die sich gegen 24 Personen aus Weihensee richtete, die unter der Anklage standen, eine verbotene Organisation, eine Abteilung der Roten Armee gebildet zu haben. Damals wurden von 24 Angeklagten sieben verurteilt. Es gelang in dem ersten Prozeß jedoch nicht, den eigentlichen Leiter der R. O. Weihensee festzustellen. Anzwischen haben nun die weiteren Nachforschungen zu der Verhaftung eines Monteurs Karl Ziegler geführt, dem zur Last gelegt wird, daß er in Weihensee die Bildung einer, gemäß § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 31. Mai 1919, verbotenen geheimen militärischen Organisation übernommen habe. Ziegler war bereits unmittelbar nach dem Feuergefecht an der Riffonslager von der Polizei verhaftet worden, wurde jedoch auf Antrag eines Verteidigers wieder auf freien Fuß gesetzt. Ziegler entfloh und hielt sich in Berlin verborgen. Erst unlängst gelang es ihn wieder zu verhaften. Außer ihm wurden noch fünf Arbeiter aus Weihensee festgenommen, welche der R. O. angehört haben sollen und gegen die sich der Verdacht richtet, an der Schieberei mit den beiden Beamten der Sipo beteiligt gewesen zu sein. Die sechs Angeklagten werden von Justizrat Proch und Justizrat B. Franke verurteilt. Die Anklage vertritt Kriegsgerichtsrat a. D. Kamin, während die Verhandlung von Geheimrat Dr. Schmidt-Biank geleitet wird.

Der Zoll Hüller. Zu dem Beschluß des Geschäftsordnungsausschusses des bayerischen Landtages, den Rechtsanwalt und Landtagsabgeordneten Dr. Hüller zur Strafverfolgung freizugeben, veröffentlichte dieser nach der „Frankf. Zig.“ sowie der Herr, auf dessen Anzeige offenbar das Verfahren veranlaßt worden war, Erklärungen, in denen sie die Affäre auf einen Irrtum zurückzuführen. Es habe sich nicht um Mandatsgelder gehandelt, sondern um ein rein persönliches Privatgeschäft. Die Sache habe auf gutlichem Wege ihre Erledigung gefunden.

# Groß-Berlin

## Reaktionäre Arbeit in den Bezirken.

### Wo bleibt die Befestigung des Ortsgesetzes?

Obwohl die Stadtverordnetenversammlung das Ortsgesetz über die Zusammensetzung der Bezirksämter längst verabschiedet hat, läßt eine Befestigung desselben durch den Oberpräsidenten immer noch auf sich warten. Bisheriger ist, wie vor einigen Tagen berichtet wurde, bis zum 6. Februar verstreut, ergo kann das Ortsgesetz erst erledigt werden, wenn der Herr Oberpräsident von seiner Reise zurückgekehrt ist. Daß infolge dieser Verschiebung des Zustandekommens der Bezirksämter namentlich in den an das ehemalige Klein-Berlin angrenzenden Orten sich geradezu unhaltbare Zustände ergeben, ist für jeden Kenner der Verhältnisse klar. Die Bezirksvertretungen tagen und verhandeln, aber ihre Beschlüsse scheitern in der Luft, da die ausführenden Organe, eben die Bezirksämter, nicht wirken. Um so tätiger sind die Gemeindevorstände, die immer noch ihres Amtes walten und, soweit sie dem Bürgerium entspringen, alles tun, selbst Bezirken mit sozialistischer Mehrheit, vor vollendete Tatsachen zu stellen. Diese bürgerlichen, reaktionären Gemeindevorstände, zumal in Gemeinden ohne kollektiven Vorstand, führen nach dem Ausschließen der Gemeindevertretungen ein wahres Dunstämmerregiment schlimmer Art. Von ihren Meinungen und Taten erfährt in dieser Zeit des Interregnums vor der Ausführung kein Ortsangehöriger das allergeringste. Zwar bedürfen sie für ihre Maßnahmen der Zustimmung des Magistrats, aber dieser, mit Arbeiten überhäuft, entscheidet, ohne die Parteien zu hören und ohne genügende Kenntnis der örtlichen Verhältnisse. Es wird harte Kämpfe kosten, um Entscheidungen dieser Art, die ohne ihre Mitwirkung entstehen, in ihrem Sinne umzugestalten, ganz abgesehen von der Unzufriedenheit und den unnützen Kosten, welche notwendigerweise eine Folge dieser Verhältnisse sein werden.

So ist es, um ein Beispiel anzuführen, möglich gewesen, daß das von der Gutsverwaltung Frohnau bisher unterhaltene Lyzeum jetzt mit 7 Klassen mit Zustimmung des Magistrats dem Lyzeum zu Hermsdorf, das unter Inanspruchnahme von Mitteln der Stadt und des Staates erhalten wird, angegliedert wurde, obwohl die starke Mehrheit der Bezirksversammlung (20. Bezirk) die Auflösung der

## Oeffentl. Wähler-Versammlung

Charlottenburg, Mittwoch, 2. Februar, abends 7½ Uhr, im Volkshaus, Rosinenstraße, große öffentliche Versammlung aller Beamten und Angestellten der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden.

Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der Landtagswahlen für die Beamten und Angestellten. Referenten: Regierungsrat Götzler und Hermann Kraus, Pressesekr. des Oberpräsidiums Hannover. 2. Freie Aussprache. Bei der großen Bedeutung, die der Ausfall der Landtagswahlen auch für die Beamten und Angestellten hat, ist es dringend notwendig, daß jeder einzelne in der Versammlung erscheint. Der S.P.D.-Werbeausschuß der Beamten und Angestellten der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden.

privilegierten Frohnauer Schule forderte. Eine Volksschule gibt es in Frohnau nicht. Die Kleinsten der Kleinen müssen in die 2 bis 3 Kilometer entfernte Hermsdorfer Volksschule wandern. Daher beschloß sehr vernünftig die Bezirksversammlung, in Frohnau selbst eine Volksschule von 3 bis 4 Klassen zu schaffen, die auch wegen der günstigen Lage im Walde zugleich eine Erholungsstätte für die schwächlichen und unterernährten Kinder des 20. Bezirks sein sollte. Der Hermsdorfer (Selbstver.) Gemeindevorsteher, der förmlich bekannte Dr. Bode rühmt sich nun, ein Jahr daran gearbeitet zu haben, um das Ziel, die genannte Schule für die Töchter der Besitzenden Frohnau zu erhalten, tatsächlich zu erreichen. So blieb denn der von der Bezirksversammlung eingesetzten Kommission zur Bearbeitung der Schulangelegenheit nichts anderes übrig als die Selbstliebe. Die drei je zu einer sozialistischen Parteien angehörigen Mitglieder der vierköpfigen Kommission lehnen es ab, mit dem Dr. Bode, der gleichfalls der Kommission angehört, zusammen zu arbeiten.

Dieser Vorgang zeigt als ein Schulbeispiel den Vertretern der sozialistischen Parteien im Magistrat und den Deputationen, was von ihre als unabweisliche Pflicht anzusehen ist. Sie müssen verhindern, daß perfide und mit bestehenden Umgangsformen ausgeglichene Reaktionäre den unklaren und ungeklärten Zustand der Gegenwart benützen, um die so offensichtlich von den Rechtsparteien getriebenen Sabotage am neuen Berlin durch die Lahmung der Bezirksversammlungen wirksam zu machen. Aber auch die Aufsichtsbehörde sollte erkennen, daß der gegenwärtige Zustand einen Aufschub nicht mehr verträgt. Es ist die größte Eile geboten.

## Großfeuer im Warenhaus H. Tieg.

In der verlosenen Nacht brach im Warenhaus Tieg am Alexanderplatz Feuer aus. Der erste Alarm traf um 5½ Uhr auf der Wache in der Wilhelmstraße ein. Sofort rückte der Löschzug 17 aus. Heller Feuerchein am dunklen Himmel verkündete schon von weitem den Brand und leitete den Zug direkt an die Brandstelle am Königsgraben 1. Dort stand das zweite Geschoss des Warenhauses in Flammen. Sämtliche Türen waren fest verschlossen, kein Schlüssel vorhanden. Feldwebel Benzol ließ ohne Zögern eine Tür und ein Fenster mit Gewalt öffnen. Brandmeister Steiner eilte nach der Alexanderstraße, erwartete hier den 19. Löschzug, der ebenfalls sehr schnell zur Stelle war und griff nun auch von dieser Seite mit allen Kräften an. Inzwischen war auf die Rettung von dem Warenhausbrand der Branddirektor Reichel mit zahlreichen Löschzügen ausgerückt. Das Feuer konnte jetzt von mehreren Seiten unter Wasser genommen werden. Die Feuerwehr hatte es bald vollständig in der Gewalt. Der Brand blieb auf das 2. Stockwerk beschränkt, obwohl schon Gardinen und Vorhänge in anderen brannten. Der Schaden ist nicht unbedeutend, da Gardinen, Teppiche, Bilder usw. in größeren Mengen verbrannt oder durch Wasser beschädigt sind. Gegen 8 Uhr war das Feuer total gelöscht und konnte die Wehr wieder abrüden.

## Seine allzu große Dreistigkeit

in einem Schwärmer verhängnisvoll geworden. In der letzten Zeit erhielten Familien, die nach Angehörige in russischer Kriegsgefangenschaft haben, den Besuch eines Mannes, der ihnen vorpiegelte, daß er als ehemaliger Gefangener einen Weg wisse, das traurige Los ihres Familienmitleides zu mildern. Der „Heiler“ erhielt in den meisten Fällen auch Geld, Lebensmittel und Kleidungsstücke für die Gefangenen, verwendete aber alles für sich selbst. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß dieser Schwärmer ein Reisender Willi Krüger war. Sie fand auch seine Wohnung, traf ihn aber nicht zu Hause, als sie ihn festnehmen wollte. Als Krüger von dem Besuch der Kriminalpolizei hörte, ging er ganz dreist nach dem Polizeipräsidenten und erkundigte sich bei der betreffenden Dienststelle, was man eigentlich von ihm wolle. Die Beamten wiesen dem Ver-

hoffeten auf der Stelle mehr als zwanzig Fälligkeit nach, in denen er unter den Namen Christenfen, Feuer, Hansen usw. Betrügereien verübt hatte. Mit einem russischen Offizier hatte Krüger nebenbei auf seine Art auch noch ein „Rubelgeschäft“ gemacht. Der Offizier brachte 400 000 Rubel für sich nach Berlin mit, um sie hier in deutsches Geld umzuwechseln. Er suchte einen Vermittler und kam zu seinem Beach ausgerechnet am Krüger, der sich ihm unter dem Namen Christenfen näherte. Vertrauensvoll gab er diesem die Täsche mit den Rubel Scheinen und sah weder das Geld noch die Täsche wieder.

## Konflikt im Mietvereinsamt Neukölln!

Beim Neuköllner R.E.M. sind sehr viele in letzter Zeit von den Hauswirten gestellte Anträge auf Bewilligung von 30 Proz. Zuschlag zur Friedensmiete bzw. auf Erhöhung des angeblich zu bezeichnenden Friedensmietebetrages noch unerledigt. Die Leitung des R.E.M. wollte den Zuschlag von 30 Proz. unter gewissen Bedingungen allgemein bewilligen, wodurch aber die Möglichkeit der Einzelverhandlung unterbunden würde. Diese Angelegenheit, bei deren Regelung auf eine geschlossene Stellungnahme aller Mieterbeisitzer zu rechnen war, wurde einem auf fünf Mieterbeisitzern, fünf Vermieterbeisitzern und dem Vorsitzenden bestehenden Eiferschuß überwiefen. Er faßte einen Beschl. der die übrigen Beisitzer vor eine vollendete Tatsache stellte.

Eine hierüber vom R.E.M. veröffentlichte Bekanntmachung teilt unter anderem folgendes mit. Der R.E.M. will zwar die vorläufige generelle erteilten Zustimmung zu den Räumigungen nicht bekräftigen, sondern alle gekündigten Verträge zu den alten Bedingungen bis 1. Oktober 1921 verlängern, aber von da ab soll die Miete allgemein den Zuschlag von 30 Proz. erhalten dürfen. 9 Proz. der Miete sollen für Reparaturen aufgewendet werden, die nicht nur der Schönheit um und im Hause oder in den Wohnungen dienen. Als bloße Verschönerung gelten Streichen der Fußböden, der Türen, der Decken, der Innenseite von Fenstern, ferner Tapezieren von Zimmern. Als notwendige Reparatur wird nur das Ausweizen der Räder genannt. Sind weniger als 9 Proz. aufgewendet, so soll den Mietern eine Kürzung um den Fehlbetrag erlaubt sein. Wo schon die 30 Proz. Zuschlag gegeben wird, aber in Erwartung einer Zuschlagsteigerung schon wieder Kündigungsgenehmigung beantragt ist, soll die Zustimmung zurückgezogen bzw. verweigert werden.

Hierzu wären, wie man uns aus dem Kreise der Mieterbeisitzer schreibt, die 50 Proz. kampfslos bewilligt. Bisher konnten in der Einzelverhandlung notwendige Reparaturen dem Vermieter unter Festsetzung eines Termins auferlegt werden, jetzt aber bleibt den Mietern nur ein Beschwerderecht, mit dem nicht viel anzufangen sein wird. Nach dem Buchstaben der Vorschrift kann eine vermehrter Wohnung tabellarisch in Ordnung sein, denn es sind ja nur Schönheitsfehler, wenn die Tapeten fehlen oder die Decken schwarz geräuchert sind. Daß gegen einen Mieter, der schon den zurzeit geltenden Höchstzuschlag zahlt, dem Vermieter keine Kündigung genehmigt wird, ist kein Zustandnis, sondern eine Selbstverständlichkeit. Die Leitung des R.E.M. hat mit Herbeiführung des Beschlusses auf allgemeine Bewilligung der 30 Proz. ihre Befugnisse überschritten. Der Mieter hat das Recht, zu fordern, daß die Parteien gehört werden und zwar in mündlicher Verhandlung. Diesen Rechtsgrund hat man beiseite geschoben, aber die Mieterhaft und ihre Vertreter werden sich das nicht gefallen lassen.

Auf den Protest eines Mieterbeisitzers erwiderte der Vorsitzende des R.E.M. sich bereit, eine Vollversammlung aller Beisitzer einzuberufen. Die Mieterbeisitzer versammelten sich aber schon vorher, und in dieser Zusammenkunft wurde zur Sprache gebracht, daß der Eiferschuß zwar bei der Beratung, nicht aber bei dem Beschluß vollständig gewesen sei. Zur beschlußfassenden Sitzung seien nur vier Beisitzer geladen worden und außer dem Vorsitzenden nur drei Beisitzer (zwei aus den Vermietern, einer aus den Mietern) erschienen. Gestützt wurde, daß gegen diese unparteiliche Befassung der eine Mieterbeisitzer, Stadtverordneter Freund, nicht Einspruch erhoben habe. Die Mieterbeisitzer wollen in einer nochmaligen Zusammenkunft darüber beschließen, ob Aufhebung jenes Beschlusses gefordert und bei Verweigerung zur sofortigen Einstellung ihrer Tätigkeit geschritten werden soll.

Kleinierzuchtaussstellung. Die Neudienstadtvereinigung des Verbandes der Laubenzöcher, Bezirk Westen II, Charlottenburg, veranstaltete im Restaurant „Wilhelmshof“ eine Ausstellung, die nicht nur rege Beteiligung, sondern auch berechtigten Beifall fand. Man merkte, daß die Laubenzöcher mit Lust und Liebe, ja mit Aufopferung bei der Sache gewesen waren.

Die Rühnen waren aber von Erfolg gekrönt. Jede Abteilung hatte nicht nur einen guten Durchschnitt, sondern wies auch noch Prädikatsemplare auf. So sah man schöne Puten in ihren ununter, leuchtenden Farben, jedoch auch weiße, die an und für sich leinere sind, aber gut herangebracht waren. Ebenso konnte man sich über Gänse und Enten, Tauben und Hühner freuen. Unter der letzten Gattung sah man u. a. Sammelstämme, die beim Anfänger die Lust zu ermöglichen, und auch solche, die von einer bestimmten Züchtbarkeit zeugten ablegten. Viel bewundert wurden die Kanarienvogel, die immerhin Japaner sowohl wie die deutschen Nieren. Einige von diesen streckten sich ordentlich lang, als ob sie es bewußt voranschaulichen wollten, daß sie der Stolz der Laubenzöcher waren. Unter all den ausgestellten Tieren waren zahlreiche Jungvögel, die den Rahmen erst ahnen ließen, in den sie hineinwachsen werden.

Alte und Volkshilfe. Oeffentliche Veranstaltung der Erziehenden Kulturvereine. Mittwoch, 2. Februar, nachmittags 5 Uhr, in den Kindertagesstätten am Potsdamer Platz, Reden von Prof. Hellewell, Volkshilfeschulungen durch Dr. E. Kuhn, Beiträge von Dr. E. Levy und Staatsanwaltschaftsrat Buick. Aussprache, Jedermann willkommen.

Am „Wirtschaftskongress über Argentinien“ an der Handelsakademie Berlin in Anwesenheit von Dr. E. Kuhn, Herr Wilhelm Zahn, Direktor der Deutsch-Schamerikanische Bank über „das Wirtschafts- und Finanzwesen Argentinien“ etc. Der Vortrag findet wie bisher in der Aula der Handelsakademie um 7 Uhr abends statt.

Genosse Parrer Meier tritt am Donnerstag, dem 2. Februar, abends 1/8 Uhr, in der Aula der Leibniz-Oberrealschule, Charlottenburg, Schillerstraße (nabe Kant), über das Thema: „Was können wir für den Frieden tun?“

## Groß-Berliner Parteinaechrichten.

Heute, Dienstag, den 1. Februar:

19. Kreis. Abends 7 Uhr findet eine Sitzung der Kreisvertreter des 19. Kreises im Vorkommern Rathaus, Betriebsstr. 104. Besprechen eines jeden Kreisvertreters unbedingt erforderlich.

Morgen, Mittwoch, den 2. Februar:

Neukölln. Alle Funktionen des Mieterverbandes Groß-Berlin, Ortsgruppe Neukölln, bis auf den Boden der S.P.D. gehen, treffen sich Mittwoch abends 7½ Uhr bei Rappold, Bahnh. 38, zu wichtiger Versammlung. Bezirksdebatte. Oeffentliche Versammlung abends 7 Uhr Aula Friedrichstraße. Referent: Genosse Bahm-Schlag. Besuchen sind besonders dringend eingeladen. Um rege Propaganda der Genossen wird gebeten.

## Übungsstunden der S.P.D.-Chöre.

Einungen sind zu richten an 2. Schule, Charlottenburg, Altestr. 30.

Mittwoch, 7½ Uhr: Arbeiterjugendchor „Einigkeit“ - Busholz bei Herrn. Hofmüller Str. 9.	Soz. Männerchor Friedrichshagen bei Föhndorf, Kreisbundesstr. 16.	Tränenchor „Frohnen“ - Charlottenburg 34; Jugendheim, Rosenstr. 4.	Tränenchor Tempelhof (S-10) im Eingebiet, Kaiser-Wilhelm, Ecke Weberstr.	Wendeng. 4 Uhr: Soz. Männerchor „Einklang“ - Prenzlauer Berg, Siedelstr. 10 (S-10) bei Engel, Wilmstr. 4.
Samstag 11 Uhr: S.P.D.-Chöre (S-10) bei Engel, Wilmstr. 4.	Chöre der S.P.D. - Prenzlauer Berg, Siedelstr. 10 (S-10) bei Engel, Wilmstr. 4.	Chöre der S.P.D. - Prenzlauer Berg, Siedelstr. 10 (S-10) bei Engel, Wilmstr. 4.	Chöre der S.P.D. - Prenzlauer Berg, Siedelstr. 10 (S-10) bei Engel, Wilmstr. 4.	Chöre der S.P.D. - Prenzlauer Berg, Siedelstr. 10 (S-10) bei Engel, Wilmstr. 4.



